

Rede in der Bürgerschaft am Donnerstag, den 9. Juli zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes (Drs. 19/3195)

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit dem vorliegenden Schulgesetzentwurf soll die Einführung einer sechsjährigen Primarschule und eines anschließenden Zwei-Säulen-Modells umgesetzt werden.

Die SPD-Fraktion sieht in dem Versuch, Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen zu lassen, grundsätzlich eine Chance zum Abbau sozialer Ungerechtigkeit. Wir sehen jedoch genauso deutlich, dass die konkrete Einführung der Primarschule in Hamburg mit beträchtlichen Risiken behaftet ist.

Ein großer Kritikpunkt betrifft die Ausgestaltung der künftigen schulischen Angebote in den Klassen fünf und sechs. Die weiterführenden Schulen haben in den vergangenen Jahren ein differenziertes Angebot und eigene Profile entwickelt, die auf hohe Akzeptanz stoßen und zur Qualität und Vielfalt der Schulen beitragen.

Will man, dass alle Kinder eines Stadtteils gemeinsam Lernen, müssen alle Kinder in jeder Primarschule gleiche Angebote haben. Das geht nur, wenn die vielfältigen Angebote wegfallen.

Profiliert man hingegen einzelne Primarschulen mit besonderen Angeboten und erlaubt den Eltern diese Profile zu wählen, statt die Primarschule des Anmeldeverbundes am Wohnort, gibt es kein gemeinsames Lernen, da einige Kinder weiter entfernte Primarschulen mit der Begründung des Profils besuchen werden. Dann hat man aber kein gemeinsames Lernen.

Unsere Befürchtungen wurden heute bestätigt:

Einige Primarschulen werden bestimmte Profile – wie Latein oder Französisch - anbieten und diese Schulen werden dann von den Eltern frei angewählt werden können. Andere Grundschulen werden eng mit Gymnasien kooperieren.

Jeder hier weiß doch, was die Folgen sein werden: Viele Eltern werden die Primarschule ihres Stadtteils meiden. Längeres gemeinsames Lernen aller Kinder eines Stadtteils wird es so nicht geben. Daraus folgt faktisch eine Zunahme der sozialen Spaltung. Diese fatale Regelung des Koalitionsvertrages wird nun leider auf Druck der CDU bittere Realität.

Gesetzentwurf und öffentliche Diskussionen zeigen, dass wenig Energien in die zweite Säule, die Stadtteilschule, gerichtet worden sind.

Es drohen zahlreiche Schulen zu entstehen, die an ihrem Standort nur die Jahrgangsstufen sieben bis zehn umfassen werden. Man braucht keine prophetischen Gaben um vorauszusehen, dass sich genau diese Schulen zu den neuen Restschulen des Hamburgischen Schulsystems entwickeln werden. Die Schwächsten im Bildungssystem,

die keine laute Lobby haben wie andere, bekommen das unattraktivste Bildungsangebot und das ist ein Skandal.

Völlig unverständlich ist uns, dass sie eine einfache Lösung verhindern: Die sogenannte Langform, Primarschule und Stadtteilschule gemeinsam arbeiten zu lassen.

Dies würde diese Restschulen verhindern.

Stattdessen wird die Arbeit vieler sehr erfolgreicher Schulen, wie die der Max-Brauer-Schule, der Reformschule in Winterhude oder der Albert-Schweitzer Schule einfach zerschlagen.

Mit dieser Schulreform wird auch das Elternwahlrecht abgeschafft. Eltern in Hamburg verlieren jeglichen Einfluss darauf, auf welche weiterführende Schulform ihre Kinder gehen.

Da reden wir seit vielen Jahren darüber, wie wichtig es ist, die Eltern in die Bildungsprozesse mit einzubeziehen. Aber ausgerechnet die wichtige Frage der weiterführenden Schule soll die Eltern nichts mehr angehen. Aus unserer Sicht hat das mit demokratischer Schulstruktur nichts zu tun.

Statt Eltern einzubinden wird eine Elternschaft, die sich für den Bildungsweg ihrer Kinder einsetzt, neuerdings von den Regierungsparteien beschimpft. Es ist richtig, dass sich die Eltern in Hamburg darüber tief empören und sich wehren.

Nun wird behauptet, das Elternwahlrecht begünstige soziale Ungleichheit.

So eindeutig ist das aber nicht, das hat auch die Anhörung gezeigt. Es gibt auch die Eltern, die ihren Kindern einen höheren Schulabschluss ermöglichen möchten als sie selbst ihn geschafft haben. Und das sind so viele, dass der Wegfall des Elternwahlrechtes die mittelfristige Schließung von Gymnasien in sozialen Brennpunkten zur Folge haben wird. Es droht eine Schulstruktur, bei der in Zukunft Gymnasien in Hamburg vorwiegend nur noch in wohlhabenden Stadtteilen zu finden sein werden. Das ist kein Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit und es ist ausgesprochener Zynismus, dass Schwarz-Grün diese Entwicklung ganz ungeniert forciert.

Zur ganzen Wahrheit gehört aber auch, dass die staatliche Grundschulempfehlung auf jeden Fall sozial ungerecht ist. Kinder aus sozial schwachen Elternhäusern erhalten bei gleicher Leistung deutlich seltener eine Empfehlung! Die schaffen sie aber wegen offenkundiger Ungerechtigkeit nicht ab, sondern nehmen den Eltern auch noch die Möglichkeit der Korrektur!

Aber es ist noch schlimmer: Die Empfehlungen sind nicht nur sozial ungerecht, sie sind auch häufig schlichtweg falsch!

40 % der Kinder, die keine Gymnasialempfehlung haben, machen dennoch Abitur. 40 %! Wie kann der Staat sich bei einer derartig hohen eigenen Fehlerquote anmaßen, über die Köpfe der Eltern hinweg Schicksal zu spielen?

Mit diesem Schulgesetzentwurf ist nicht zuletzt auch ein Prozess politischer Verantwortungslosigkeit der CDU verbunden.

Wer in Hamburg unterwegs ist, begegnet vielen Bürgerinnen und Bürgern, die sich zutiefst verraten und getäuscht fühlen von einer CDU, die sich mit großem Getöse vor der letzten Bürgerschaftswahl zur Retterin der Hamburger Gymnasien und des Elternwahlrechts stilisiert hat. Der Bürgermeister hat sich dann von dieser Position abgewandt.

Nun haben aber die Abgeordneten und Mitglieder der CDU diese inhaltliche Kehrwende des Bürgermeisters gar nicht mitgemacht. In der Hamburger CDU gibt es schlicht keine wirkliche Mehrheit für Ihre Schulreform. Trotzdem werden sie auf ihrem Bildungsparteitag am 14. Juli gegen ihre Überzeugungen diese Schulpolitik abnicken. Ihre Politik ist dadurch nicht glaubwürdiger geworden und das bekommen sie zu Recht auch bei Wahlen zu spüren.

Schulfrieden hat der Bürgermeister in einem Interview versprochen. Das, was hier passiert, wird keinen Schulfrieden bringen.

Schauen wir nach Bremen, sehen wir, wie man es richtig macht. Die rot-grüne Koalition in Bremen hat es geschafft, einen 10 jährigen Schulfrieden zu vereinbaren. Dort wird einmütig ein Zwei-Säulen-Modell eingeführt, und vereinbart, bis 2019 Fragen der Schulstruktur aus dem Parteienstreit von SPD, CDU, Grünen und der FDP herauszuhalten, egal, welche Konstellation regiert. Das wird den von Eltern ersehnten Schulfrieden bringen.

Die große Chance auf Schulfrieden auch in Hamburg, dem die Vorschläge der Enquete-Kommission den Weg bereitet haben, wird verspielt.

Die Hamburger Schulreform wird ja inhaltlich nicht einmal von Schwarz-Grün getragen, ich habe das für die CDU schon ausgeführt:

Die grüne Schulsenatorin lehnt die 2. Säule des Schulsystems, die Stadtteilschule vehement ab, wir haben ihre vielen Reden dazu noch im Ohr. Daher führt sie sie daher lieblos ein und vermeidet es, darüber zu sprechen.

Die CDU lehnt die Primarschule ab und wird ihrer Einführung dennoch aus machtpolitischen Gründen zustimmen.

Und Hamburgs Eltern sollen nun ein Schulsystem akzeptieren, dass noch nicht einmal von den Regierungsparteien inhaltlich getragen wird. Das ist doch absurd!

Dabei verspielt wird auch eine breite öffentliche Akzeptanz unseres Schulwesens.

Hamburgs Eltern werden nicht akzeptieren, dass ihre Kinder als Versuchskaninchen herhalten müssen, damit das erste Mal eine schwarz-grüne Koalition in einem Bundesland geschlossen werden konnte.

Sie werden mit den Füßen abstimmen und sich aus dem öffentlichen Schulsystem in Richtung Privatschulen verabschieden. Der Rückzug vieler aus dem öffentlichen

Schulwesen ist ein großer Verlust für Gemeinsinn und soziales Miteinander und wird sich im Übrigen nicht so leicht wieder rückgängig machen lassen.

Ihnen von den beiden Regierungsfraktionen ist das gleichgültig, wir aber sind empört darüber, dass auf diese Weise die Spaltung der Gesellschaft so aktiv vorangetrieben wird und fordern erneut auf, die notwendigen Schulreformen auf der Grundlage breiterer Akzeptanz und mit Augenmaß durchzuführen.